

Schweiz

Länderberichte über Menschenrechtspraktiken – 2008

Herausgegeben vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen

25. Februar 2009

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist eine konstitutionelle Republik mit einer föderalen Struktur und einer Bevölkerung von 7,5 Millionen. Die gesetzgebende Gewalt obliegt dem aus zwei Kammern bestehenden Parlament (Bundesversammlung), dessen Mitglieder in freien und offenen Wahlen im Oktober 2007 gewählt worden sind. Die Regierung, von der Bundesversammlung im Dezember 2007 gewählt, ist grösstenteils eine Koalition der vier grossen Parteien. Die zivilen Behörden übten im Allgemeinen wirksame Kontrolle über die Sicherheitskräfte aus.

Die Regierung achtete im Allgemeinen die Menschenrechte ihrer Staatsbürger, und das Rechts- und Gerichtswesen boten probate Mittel, um einzelnen Fällen des Missbrauchs zu begegnen. Es gab jedoch Berichte, dass die Polizei gelegentlich unverhältnismässige Gewalt anwandte sowie Vorwürfe der Straflosigkeit. Andere Menschenrechtsprobleme waren lang andauernde Untersuchungshaft, antisemitische und antiislamische Vorfälle, Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel sowie Diskriminierung von Minderheiten.

ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE

Abschnitt 1: Achtung der Integrität der Person, einschliesslich Freiheit von:

a. Willkürlicher oder rechtswidriger Beraubung des Lebens

Es verlauteten keine Berichte über willkürliche oder rechtswidrige Tötungen durch die Regierung oder ihre Vertreter.

b. Verschwindenlassen

Es verlauteten keine Berichte von politisch motiviertem Verschwindenlassen von Personen.

c. Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe

Die Verfassung verbietet derartige Praktiken; es gab jedoch Berichte, dass die Polizei manchmal unverhältnismässige Gewalt anwandte.

Eine Delegation des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter (CPT) hielt im September und Oktober 2007 einen zweiwöchigen Besuch in der Schweiz ab. In ihrem Bericht, welcher im November 2008 veröffentlicht wurde, gab die CPT im Allgemeinen der Polizei, in der Mehrheit der besuchten Kantone, für die Behandlung von Personen in ihrer Obhut gute Noten; berichtete jedoch auch von zahlreichen Vorwürfen der Misshandlung gegen die Genfer Kantonspolizei. Diese Vorwürfe gehen von gelegentlichen Ohrfeigen zu schwerwiegendem Missbrauch mittels Tritten, Schlägen, Stockschlägen, die mißbräuchliche Verwendung von Tränengas, Strangulierung, und in einem Fall, Vorwürfe des "Submarining" (gezwungenes Untertauchen des Kopfs). Die Genfer Behörden erklärten, als Reaktion auf diese Kritik, dass sie innerhalb der Genfer Polizei Rundschreiben zur Sensibilisierung zum Thema Misshandlung von Häftlingen in Umlauf gebracht haben. Des Weiteren klärten sie über die gängige Praxis auf, welche es externen Sachverständigen erlaubt bei Untersuchungen gegen missbräuchliches Verhalten der Polizei zu assistieren. Was den Vorwurf des

„Submarining“ betrifft, so haben die Genfer Behörden darauf hingewiesen, dass ihre Untersuchung keinerlei Beweise eines solchen Missbrauchs ergeben hat und dass es weder Zeugen noch Anzeigen in Zusammenhang mit dieser Behauptung gab. Gleichzeitig räumten die Behörden ein, dass die Anzahl der Fälle von Missbrauch seitens der Polizei angestiegen war, jedoch im Vergleich zu der Anzahl an Festnahmen vernachlässigbar sei. Sie wiesen zudem darauf hin, dass in den vergangenen Jahren einige Kantone Schlichtungsstellen sowie unabhängige Polizei-Beschwerdestellen eingeführt haben um dieses Problem anzugehen.

Im November kündigte das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement das In-Kraft-Treten eines neuen Gesetzes über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes per 1. Januar 2009 an. Die Regierung verkündete, dass das neue Gesetz geschaffen worden war um eine angemessene Anwendung der Gewalt sowie den grösstmöglichen Schutz der Integrität der betroffenen Personen zu gewährleisten.

In ihrem im Mai veröffentlichten Jahresbericht, wies Amnesty International (AI) darauf hin, dass die Organisation weiterhin Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen durch die Strafverfolgungsbehörden und die anschliessende Straflosigkeit erhielt. Im Juni 2007 veröffentlichte AI ein Sonderbericht indem die Organisation die Polizei der wiederholten Menschenrechtsverletzung beschuldigte, welche nur selten bestraft wurde. Der Bericht dokumentiert etwa 30 Fälle von angeblichem Missbrauch seitens der Polizei in 14 Kantonen im Zeitraum von 2001 bis 2006, von denen einige zum Tode führten. Die polizeilichen Behörden reagierten mit dem Vorwurf der AI-Bericht sei zum Nachteil der Polizei befangen.

Haftbedingungen in Gefängnissen und Strafanstalten

Die Haftbedingungen in den Gefängnissen erfüllten in der Regel die internationalen Normen. Laut Statistik, waren die Haftanstalten im Jahre 2007 zu 86 Prozent belegt, was 10 Prozent weniger entspricht als im Jahre 2005. Dennoch war die Überbelegung von Gefängnissen in einigen grossen Städten wie Zürich, Bern und Genf ein Problem. Das CPT kritisierte die Haftbedingungen für Asylbewerber in Erwartung der Abschiebung als unzureichend, in Anbetracht dessen dass die Inhaftierung von Einzelpersonen nach Gesetz bis zu zwei Jahren dauern kann.

Die Regierung gestattete unabhängigen lokalen und internationalen Menschenrechtsgruppen Zutritt zu den Gefängnissen.

Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen

Im Januar 2007 ist ein neues Jugendstrafgesetz in Kraft getreten, welches festsetzt dass die Dauer des Jugendarrests vor der Verurteilung verringert werden soll. Es setzt zudem voraus, dass jugendliche Straftäter in Erziehungseinrichtungen oder in separaten Abteilungen von Gefängnissen untergebracht werden sollen, wo sie pädagogisch betreut werden können. Eine im Mai 2007 durchgeführte Studie des Justizministeriums hat jedoch festgestellt, dass Jugendliche während der Untersuchungshaft oft zusammen mit Erwachsenen in Gefängnissen anstelle von Erziehungsanstalten untergebracht waren.

Nach dem Gesetz können junge Straftäter bis zum Alter von 15 Jahren eine maximale Haftstrafe bis zu einem Jahr erhalten, während Straftäter zwischen 16 und 18 Jahren bis zu vier Jahren in Haft gehalten werden können.

d. Willkürlicher Festnahme oder Inhaftierung

Die Verfassung verbietet willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, und die Regierung hielt sich im Allgemeinen an diese Verbote.

Rolle der Polizei und des Sicherheitsapparats

Die zivilen Behörden übten wirksame Kontrolle über die Polizeikräfte aus, welche in erster Linie von den Kantonen in Koordination mit dem Bund organisiert und verwaltet werden. Zusätzlich zum Ausführen von Koordinations- und analytischen Aufgaben, kann das Bundesamt für Polizei auch eigene Ermittlungen in Fällen von organisierter Kriminalität, Geldwäsche und Korruption unter der Leitung der Bundesanwaltschaft verfolgen. Die Regierung verfügt über wirksame Mechanismen, um Übergriffe und Korruption zu untersuchen und zu ahnden; es gab dennoch Anschuldigungen von Straflosigkeit der Sicherheitskräfte.

Festnahme und Inhaftierung

Nach dem Gesetz darf ein Tatverdächtiger nur aufgrund eines von einem bevollmächtigten Amtsträger ausgestellten Haftbefehls festgenommen werden, ausser im Falle einer spezifischen und unmittelbaren Gefahr, auf die die Polizei sofort reagieren muss. In den meisten Fällen muss eine verdächtige Person binnen 24 Stunden nach der Festnahme einem Staatsanwalt oder einem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, welcher entweder formal Anklage erheben oder die Haftentlassung anordnen muss; Asylbewerber und andere Ausländer ohne gültige Ausweise können jedoch bis zu 96 Stunden ohne Haftbefehl festgehalten werden. In seinem im November veröffentlichten Bericht, hat das CPT die Tatsache kritisiert, dass inhaftierte Verdächtige vom Recht vor einem Richter persönlich zu erscheinen absehen können, dass der Zugang zu einem Rechtsanwalt in der Zeit zwischen der Festnahme und der offiziellen Verhaftung stellenweise nicht verfügbar war und dass die nächsten Angehörigen nicht immer sofort benachrichtigt wurden. Die Schweizer Regierung hat diese Kritik zurückgewiesen und vermerkt, dass die vom CPT vorgeschlagenen Massnahmen demzufolge nicht erforderlich seien.

Es existierte ein funktionierendes Kautionsystem, und Gerichte gewährten Entlassung gegen persönliche Sicherheitsleistungen oder Kautionsleistung, es sei denn, der Richter war der Überzeugung, dass die verdächtige Person gefährlich ist oder Fluchtgefahr besteht. Einer verdächtigten Person kann im Moment der Verhaftung der Rechtsbeistand verweigert werden; sie hat aber das Recht, einen Anwalt zu wählen und zu kontaktieren, bevor formal Anklage erhoben wird. Der Staat gewährt mittellosen Personen, die eines Vergehens angeklagt sind welches mit Gefängnis bestraft werden kann, kostenlosen Rechtsbeistand. Der Kontakt mit Familienangehörigen kann eingeschränkt werden, um zu verhindern, dass Beweise manipuliert werden, aber die Strafverfolgungsbehörden müssen nahe Verwandte umgehend über die Inhaftierung informieren.

In einigen Fällen war eine übermässig lange Untersuchungshaft ein Problem. Während des Jahres befanden sich ungefähr ein Drittel aller Inhaftierten in Untersuchungshaft, welche im Durchschnitt ungefähr 50 Tage dauerte. Im April 2007 berichtete eine vom Genfer Kantonsparlament beauftragte Expertengruppe, dass eine unzureichende Zahl von Untersuchungsrichtern zur Prüfung neuer Fälle zu langen Untersuchungshaftzeiten im Gefängnis Champ-Dollon geführt hat.

Jede längere Untersuchungshaft muss von höheren juristischen Instanzen überprüft werden. Das höchste Gericht des Landes hat angeordnet, dass die Untersuchungshaft die Länge des zu erwartenden Urteils für die Straftat, die einem Verdächtigen vorgeworfen wird, nicht überschreiten darf.

e. Verweigerung eines fairen öffentlichen Gerichtsverfahrens

Die Verfassung garantiert die Unabhängigkeit der Justiz, und die Regierung achtete im Allgemeinen die richterliche Unabhängigkeit.

Gerichtsverfahren

Die Verfassung garantiert das Recht auf ein faires Verfahren, und ein unabhängiges Justizwesen verschaffte diesem Recht im Allgemeinen Geltung. Gerichtsverfahren waren im Allgemeinen zügig und öffentlich. Leichtere Vergehen werden in der Regel durch einen Einzelrichter beurteilt, gravierende oder komplizierte Fälle von einem Gremium von Richtern, und die schwerwiegendsten Verbrechen (einschliesslich Mord) durch ein Geschworenengericht. Angeklagte haben das Recht, am Verfahren teilzuhaben und rechtzeitig einen Rechtsanwalt bei zu ziehen; Personen, die eines schweren Verbrechens angeklagt sind, steht auf Staatskosten ein Rechtsanwalt bei. Angeklagte haben das Recht, Zeugen zu befragen und Entlastungszeugen oder –material vorzubringen. Es gilt die Unschuldsvermutung, und Angeklagte haben das Recht, das Urteil anzufechten, letztinstanzlich bis zum Bundesgericht. Diese Rechte wurden im Allgemeinen respektiert.

Das Militärstrafgesetz (MStG) schreibt vor, dass Kriegsverbrechen oder Verstösse gegen die Genfer Konventionen nur verfolgt werden, falls die angeklagte Person einen engen Bezug zur Schweiz hat. In Militärstrafprozessen gelten die gleichen Bestimmungen der Beweis- und Verfahrensführung wie in zivilen Strafprozessen. Das MStG erlaubt es, gegen ein Urteil zu rekurrieren, letztinstanzlich bis zum Militärkassationsgericht. In den meisten Fällen verliessen sich die Angeklagten auf die vom Gericht ernannten Verteidiger. Jeder ordentlich praktizierende Rechtsanwalt kann in einem Militärstrafprozess als Verteidiger auftreten. Gemäss Militärgesetz übernimmt der Staat die Kosten der Verteidigung. Zivilpersonen können für die Preisgabe militärischer Geheimnisse, wie etwa geheimer militärischer Dokumente oder geheimer militärischer Standorte und Einrichtungen, vor ein Militärstrafgericht gestellt werden.

Politische Gefangene und Inhaftierte

Es gab keine Berichte über politische Gefangene und Inhaftierte.

Zivilrechtliche Verfahren und Rechtsbehelfe

Es gibt ein unabhängiges und unparteiisches Justizwesen für zivilrechtliche Angelegenheiten. Bürger können an ein Gericht gelangen und Zivilprozesse anstrengen, um Schadensersatz oder die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen einzufordern.

f. Willkürlichen Eingriffen in Privatleben, Familie, Wohnung oder Schriftverkehr

Die Verfassung verbietet solche Eingriffe, und die Regierung beachtete im Allgemeinen diese Verbote.

Abschnitt 2: Achtung bürgerlicher Freiheiten, einschliesslich:

a. Rede- und Pressefreiheit

Die Verfassung garantiert die Rede- und Pressefreiheit, und die Regierung achtete diese Rechte im Allgemeinen. Eine unabhängige Presse, ein wirksames Justizwesen und ein funktionierendes, demokratisches politisches System gewährleisteten im Verbund die Rede- und Pressefreiheit.

Das Gesetz bestraft die öffentliche Anstiftung zu Rassenhass oder Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer Ideologien, sowie die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Gesetz werden Antisemitismus, Leugnung des Holocaust oder andere spezifische Ereignisse nicht explizit erwähnt; es ist aber unter Anwendung dieses Gesetzes zu Verurteilungen wegen Antisemitismus, Leugnung des Holocaust und anderen strafbaren Handlungen gekommen. Im Oktober hat die Berner Staatsanwaltschaft eine Untersuchung im Rahmen des Antirassismus-Gesetzes gegen ein Vorstandsmitglied der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) eingeleitet. Besagtes Vorstandsmitglied hatte auf der Website der PNOS behauptet, dass einige der Miss-Schweiz-Kandidatinnen, aufgrund von Einwanderung oder ethnischer Herkunft ihrer Familien, nicht ausreichende „Schweizerinnen“ waren.

Es ist strafbar, Informationen auf der Grundlage von durchgesickerten „geheimen offiziellen Gesprächen“ zu veröffentlichen.

Internet-Freiheit

Es gab keine staatlichen Beschränkungen des Zugangs zum Internet oder Berichte, wonach die Regierung E-Mails oder Internet-Chatrooms überwachte. Einzelpersonen und Gruppen hatten die Möglichkeit zur friedlichen Meinungsäußerung über das Internet, einschliesslich per elektronischer Post. Zugang zum Internet war weit verbreitet und mehr als zwei Drittel der Bevölkerung nutzten das Internet regelmässig.

Akademische Freiheit und kulturelle Veranstaltungen

Es gab keine staatlichen Beschränkungen der Akademischen Freiheit oder von kulturellen Veranstaltungen.

b. Freiheit zur friedlichen Versammlung und Vereinigung

Die Verfassung garantiert die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, und die Regierung achtete diese Rechte im Allgemeinen.

c. Religionsfreiheit

Die Verfassung garantiert die Religionsfreiheit, und die Regierung achtete dieses Recht im Allgemeinen.

Es gibt keine offizielle Staatskirche, aber die meisten Kantone leisteten mindestens einer der drei traditionellen Glaubensgemeinschaften – römisch-katholisch, christkatholisch oder evangelisch-reformiert – finanzielle Unterstützung. Jeder der 26 Kantone hat eine eigene Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Ausländische Missionare bedürfen einer Aufenthaltsbewilligung um als Seelsorger im Land zu arbeiten. Solche Bewilligungen wurden im Allgemeinen erteilt.

Muslimische Organisationen beklagten, dass die Behörden in vielen Kantonen und Gemeinden sich den Muslimen gegenüber diskriminierend verhalten, da sie die Baubewilligung zur Errichtung von Moscheen, Minaretten oder islamischen Friedhöfen verweigerten. Die Bemühungen der Muslimischen Gemeinde von Langenthal, Kanton Bern, für den Bau eines Minaretts wurden in diesem Zusammenhang weiter verzögert. Die ursprüngliche Baugenehmigung, die von den kommunalen Behörden erteilt worden war, wurde durch die kantonalen Behörden im April 2007 widerrufen. Der Bau eines Minaretts in Solothurn, der aufgrund von

Fragen zur Umzonung verzögert worden war, wurde dann im Laufe des Jahres vollzogen. Die Bemühungen der Muslime in St. Gallen eine Stätte zu errichten wurden Berichten zufolge aufgegeben.

Religionsunterricht wurde an den meisten kantonalen staatlichen Schulen erteilt ausser in Genf und Neuenburg. Die meisten Schulen erteilten römisch-katholischen und evangelisch-reformierten Religionsunterricht, aber einige Schulen erfassten auch andere im Land vertretene Religionsgemeinschaften. Eine Reihe von Kantonen hat den traditionellen christlichen Konfessionsunterricht durch einen überkonfessionellen Unterricht über Religion und Kultur ergänzt oder ersetzt.

Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Innenministeriums förderte eine Reihe von erzieherischen und bewusstseinsbildenden Projekten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Arten der Diskriminierung.

Gesellschaftliche Übergriffe und Diskriminierung

Es gab Berichte über gesellschaftliche Übergriffe und Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugung oder Praxis. Einige Beobachter waren besorgt über das Klima für Mitglieder religiöser Minderheiten, insbesondere von Muslimen und Juden.

Gemäss der Volkszählung des Jahres 2000, den jüngsten verfügbaren offiziellen Angaben, gab es 17'914 Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft, was einem Bevölkerungsanteil von 0,24 Prozent entspricht. Die in Genf ansässige Coordination Intercommunautaire Contre l'Antisémitisme et la Diffamation (CICAD) verzeichnete im Jahre 2007 38 antisemitische Vorfälle im westlichen, französischsprachigen Teil des Landes; sie reichen von verbalen und schriftlichen Angriffen bis zu offensiven Graffiti und Akten von Vandalismus gegen jüdisches Eigentum. Die Organisation „Kinder des Holocaust“, eine Vereinigung gegen Antisemitismus, Rassismus und politischen Extremismus, verzeichnete in ihrem Jahresbericht 2007 im deutschsprachigen Teil des Landes 37 antisemitische Vorfälle.

Am 12. Februar griff ein unbekannter Täter einen 60-jährigen jüdischen Mann an, der gegen Mittag zu Fuss auf einer Strasse in Zürich unterwegs war. Das Opfer wurde leicht verletzt, konnte jedoch seinen Angreifer, welcher mit den Fäusten auf ihn einschlug und antisemitische Beleidigungen äusserte, abwehren.

Eine Untersuchung zum Brand der Hexhal Hanes Synagoge in Genf vom Mai 2007, welcher zu erheblichem Sachschaden geführt hatte, war noch immer in Gang. Alfred Donath, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, sagte zu Radio RSR, dass die antisemitische Natur des Angriffs unbestreitbar sei; auch die lokalen Behörden teilten mit dass das Feuer aufgrund von Brandstiftung ausbrach ohne jedoch ein bestimmtes Motiv anzugeben.

Das Gesetz belegt öffentliche Anstiftung zu Rassenhass oder Diskriminierung, Verbreitung rassistischer Ideologien und die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit Strafe. Im Gesetz werden Antisemitismus, Leugnung des Holocaust oder andere spezifische Ereignisse nicht explizit erwähnt; es ist aber unter Anwendung dieses Gesetzes zu Verurteilungen wegen Antisemitismus, Leugnung des Holocaust und anderen strafbaren Handlungen gekommen. Schulen im ganzen Land befolgten am 27. Januar den Gedenktag an die Opfer des Holocaust. Das Land ist Mitglied der "International Task Force on Holocaust Education, Remembrance and Research".

Einige Arbeitgeber verboten das Tragen des Kopftuchs am Arbeitsplatz. Beispielsweise kündigte der zweitgrösste Einzelhändler an, dass seine Kleidervorschriften keine Kopfbedeckung vorsehen, und dass er das Tragen des islamischen Kopftuchs oder Hidschabs nicht erlauben würde.

Nähere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem International Religious Freedom Report 2007.

d. Freizügigkeit innerhalb des Landes, intern vertriebene Personen, Schutz von Flüchtlingen und staatenlosen Personen

Die Verfassung garantiert die Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes, Reisen ins Ausland, Auswanderung und Wiedereinbürgerung, und die Regierung achtete diese Rechte im Allgemeinen. Die Regierung kooperierte mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge und anderen humanitären Organisationen, um Schutz und Unterstützung für Flüchtlinge, Asylsuchende, staatenlose Personen und andere betroffene Personen zu gewährleisten. Die Verfassung verbietet Zwangsexil, und es wurde von der Regierung nicht verfügt.

Schutz von Flüchtlingen

Das Gesetz sieht die Gewährung von Asyl oder Flüchtlingsstatus gemäss der UN-Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aus dem Jahre 1951 und dessen Zusatzprotokoll von 1967 vor, und die Regierung hat ein Verfahren etabliert, um Flüchtlingen Schutz zu gewähren.

In der Praxis bot die Regierung den Flüchtlingen Schutz gegen Ausweisung und Rückkehr in Länder, wo ihr Leben in Freiheit bedroht gewesen wäre. Das Bundesamt für Migration verliess sich auf eine Liste von verfolgungssicheren Staaten ("Safe countries") und trat auf Asylgesuche von vermeintlichen Flüchtlingen, die aus diesen Ländern stammen oder dort durchgereist waren, in der Regel nicht ein. Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten die Aufnahme einiger Länder in Osteuropa und Afrika in die Liste, die sie als nicht ausreichend stabil erachteten, um eine automatische Zurückweisung zu rechtfertigen.

Seit dem 1. Januar hat das Bundesamt für Migration den Umfang der Liste der „Sicheren Länder“ erweitert, um alle Länder der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelsassoziation einzuschliessen, welche von den Asylbewerbern am häufigsten als Transitrouten benutzt werden. Am 25. April, hat das Bundesamt für Migration den Schluss gezogen, dass die Rückführung nach Syrien vernünftigerweise in Betracht gezogen werden kann, obschon dabei jeder Fall sehr genau geprüft werden sollte. Einige NGOs behaupteten dass im Jahre 2007 die Zahl der Asylanträge welche automatisch abgelehnt worden sind gegenüber 2006 um 44 Prozent angestiegen ist. Gemäss Statistiken der Schweizer Regierung ist die Zahl der Ablehnungen in den ersten neun Monaten im Vergleich zur selben Zeitspanne im Jahr 2007 um 6 Prozent gesunken

Die Regierung gewährte vorübergehenden Schutz an Personen, welche gemäss der UN-Konvention von 1951 und dem Zusatzprotokoll von 1967 nicht als Flüchtlinge gelten, und gewährte diesen Status 1'069 Personen während des Jahres; 23'153 vorübergehend aufgenommene Personen lebten am 30. November im Lande.

Asylbewerber mussten innerhalb von 48 Stunden Dokumente vorweisen, die ihre Identität belegen, und die Behörden lehnten es ab, auf Gesuche von Asylbewerbern einzutreten, welche das Fehlen von gültigen Ausweispapieren nicht begründen oder eine Verfolgung nicht mittels Beweisen belegen konnten. Behörden können unkooperative Asylsuchende, die einer richterlichen Prüfung unterzogen sind, für bis zu sechs Monaten in Haft nehmen, während ihre Anträge dem Gericht zur Entscheidung vorliegen. Abgelehnte Bewerber können für bis zu drei Monaten in Haft genommen werden, um ihre Abreise sicher zu stellen, oder

bis zu 18 Monaten, wenn die Repatriierung besondere Schwierigkeiten bereitet. Minderjährige zwischen 15 und 18 Jahren können bis zu 12 Monaten bei schwebender Repatriierung in Haft bleiben. Abgewiesene Asylbewerber wurden jedoch im Allgemeinen nicht festgehalten und auch nicht ausser Landes geschafft. Diese wurden angewiesen, freiwillig auszureisen. Wenn sie sich jedoch weigerten, freiwillig nach Hause zurückzukehren, konnten sie auch zwangsweise repatriiert werden.

AI und andere NGOs, die mit Flüchtlingen arbeiten, beschwerten sich, dass festgenommenen Asylbewerbern in Fällen von Abschiebung oft angemessene rechtliche Vertretung verweigert wurde, weil sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel für einen Anwalt verfügten. Kostenlose Rechtsberatung wurde nur in Fällen von schweren Straftaten bereitgestellt. Die Abschiebung von Asylbewerbern ist vielmehr ein Verwaltungsakt als ein juristischer Prozess.

Änderungen in den Gesetzen über die Ausländer und Asylbewerber in den Jahren 2006 und 2008, führten wesentlich strengere Bestimmungen als die bisherigen Rechtsvorschriften ein. Internationale Organisationen und NGOs äusserten Bedenken über die zunehmend restriktive Art des Asylverfahrens.

In ihrem Bericht an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, berichtete die Regierung, dass während die Zahl der Asylbewerber in den letzten Jahren kontinuierlich sank, der Anteil der Asylbewilligungen erhöht wurde. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (FCR), eine ausserparlamentarische Organisation, wies darauf hin, dass die rechtlichen Verschärfungen, vor allem das härtere Prüfungsregime sowie die Beschränkungen in der Unterstützung von Menschen mit illegalem Aufenthalt in der Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse, auf rassendiskriminierende Auswirkungen untersucht werden müssen. Der Gesetzgeber verteidigte die Änderungen als notwendiges Mittel um den Einwanderungs- sowie den Sozialbetrug zu bekämpfen.

Die Änderungen in der Gesetzgebung über Flüchtlinge gaben Asylbewerbern mit vorübergehendem Schutzstatus leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und erlaubten ihnen den Nachzug ihrer Familien nach einer Wartezeit von drei Jahren.

Abschnitt 3: Achtung von politischen Rechten: Das Recht der Bürger auf Herbeiführung eines Regierungswechsels

Die Verfassung garantiert den Bürgern das Recht, einen friedlichen Regierungswechsel herbeizuführen, und die Bürger machten von diesem Recht Gebrauch durch regelmässige, freie und faire Wahlen auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts.

Wahlen und politische Partizipation

Im Oktober 2007 wählten die Bürger eine neue Bundesversammlung in freien und offenen Wahlen. Die politischen Parteien konnten ohne Einschränkung oder äussere Einmischung tätig werden.

In der 246-köpfigen Bundesversammlung sind 67 und im 7-köpfigen Bundesrat (Regierungskabinet) drei Frauen vertreten. Der Anteil weiblicher Repräsentanten in den kantonalen Legislativen blieb konstant bei 24 Prozent. Frauen nahmen etwa ein Fünftel der Sitze in den kantonalen Exekutivorganen ein.

Im Nationalrat mit 200 Sitzen, dem Unterhaus der Bundesversammlung, gab es ein Mitglied einer ethnischen Minderheit.

Korruption und Transparenz der Regierung

Das Gesetz sieht Haftstrafen für offizielle Korruption vor, und die Regierung setzte diese Gesetze im Allgemeinen effektiv in Kraft.

Der Immobilienverwalter der Schweizerischen Unfallversicherung (SUVA) wurde wegen dem Verkauf von Immobilien zu Preisen unter dem Marktwert gegen finanzielle Entschädigung angeklagt. Ein Gericht verurteilte ihn zu 3.5 Jahren Haft, das Rekursverfahren am Bundesgericht ist jedoch noch hängig.

Mitglieder der Bundesversammlung müssen jedes Jahr ihre Interessen, beruflichen Tätigkeiten, Mitgliedschaft in Aufsichtsräten oder Vorständen und Tätigkeiten als Fachleute und Berater offen legen. Die Untersuchung und Verfolgung von staatlicher Korruption liegt im Verantwortungsbereich der eidgenössischen Behörden. Eine Mehrzahl der Kantone verlangt auch von den Mitgliedern der Kantonsparlamente die Offenlegung ihrer Interessen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe, der Vertreter verschiedenster Bundesbehörden angehören, arbeitet unter der Leitung des Eidgenössischen Aussenministeriums an der Bekämpfung von Korruption.

Die Verfassung schreibt vor, dass die Regierung die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit informiert, und Regierungsinformationen waren allen im Lande lebenden Personen, einschliesslich ausländischen Medien, frei zugänglich. Ein Transparenzgesetz regelt den öffentlichen Zugang zu Regierungsdokumenten.

Abschnitt 4: Haltung der Regierung zu internationalen und zivilgesellschaftlichen Untersuchungen von angeblichen Menschenrechtsverletzungen

Eine breite Anzahl nationaler und internationaler Menschenrechtsgruppen arbeiteten im Allgemeinen unbehelligt von staatlichen Einschränkungen, untersuchten Menschenrechtsfälle und veröffentlichten ihre Ergebnisse. Regierungsvertreter waren kooperativ und ihren Ansichten gegenüber aufgeschlossen.

Abschnitt 5: Diskriminierung, gesellschaftliche Übergriffe und Menschenhandel

Die Verfassung verbietet die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Behinderung, Sprache oder gesellschaftlicher Stellung. Die Regierung setzte diese Verbote im Allgemeinen wirksam durch.

Gewalt gegen Frauen und Kinder, Menschenhandel und Diskriminierung von Minderheiten stellten ein Problem dar.

Frauen

Vergewaltigung, auch innerhalb der Ehe, ist eine strafbare Handlung, und die Regierung hat die Personen, die solchen Verbrechen beschuldigt wurden, effektiv verfolgt. Laut einer Umfrage im Jahre 2003 gaben mehr als 5 Prozent der befragten Frau an, Opfer einer Vergewaltigung geworden zu sein.

Im Jahre 2007 verzeichnete die Polizei 648 Vergewaltigungsfälle (im Vergleich zu 639 in 2005), und 571 (verglichen zu 486 in 2005) wurden einer Strafverfolgung unterzogen, die zu 117 Verurteilungen führten.

Häusliche Gewalt ist eine Straftat. Es ist einem Gericht erlaubt, einem gewalttätigen Ehegatten als temporäre Massnahme, das Verlassen der ehelichen Wohnung anzuordnen. Stalking ist ein strafbares Vergehen. Die Opfer häuslicher Gewalt konnten mit Hilfe, Ratschlägen und gesetzlicher Unterstützung durch spezialisierte Regierungsstellen, NGOs oder von fast einem Dutzend Hotlines, die von Privatpersonen oder von örtlichen, kantonalen oder nationalen Behörden gefördert werden, rechnen. Im Jahre 2007 verbrachten 1'132 Frauen und 993 Kinder insgesamt 60'115 Nächte in 17 Frauenhäusern überall im Lande.

Obwohl landesweit die Aufnahmeeinrichtungen im Durchschnitt zu 70 Prozent belastet sind, mussten die Hälfte aller Bewerber in den Kantonen Basel, Bern und Zürich abgelehnt werden, vor allem aufgrund von Platzmangel sowie Mangel an ausgebildetem Personal für den Umgang mit stark traumatisierten Personen. Das Büro des Innenministeriums für die Gleichstellung von Mann und Frau hat eine spezielle Einheit, die sich intensiv mit häuslicher Gewalt beschäftigt. Die meisten kantonalen Polizeikräfte haben speziell ausgebildete Einheiten gegen häusliche Gewalt. Eine Mehrzahl der Kantone besitzt auch spezielle Verwaltungseinheiten, welche die Aktivitäten der Strafverfolgungsbehörden, der Staatsanwälte und Opferhilfegruppen koordiniert.

Gewalt gegen Frauen stellte ein Problem dar. Das Bundesamt für Gesundheit hat eine Umfrage veröffentlicht, wonach 80 Prozent der Opfer von häuslicher Gewalt bereits zuvor solche Angriffe erlitten hatten.

Zwangsverheiratungen sind illegal. NGOs haben auf die vorkommende Praxis aufmerksam gemacht, vorwiegend in unterprivilegierten Immigrantenfamilien, doch blieb ihre Verbreitung unbekannt. Im Jahre 2006 ordnete die Berufungskommission für Asyl an, dass Zwangsverheiratung ein Grund dafür sein kann, Asyl zu gewähren.

Die weibliche Genitalverstümmelung (FGM) ist illegal, aber es liegen Berichte vor, dass diese in der Praxis vorkommt. Die UN Kinderorganisation (UNICEF) schätzte, dass es fast 7'000 beschnittene Frauen und Mädchen im Lande gibt, was sich aus der Immigration aus Gegenden ergibt, in denen FGM praktiziert wird. UNICEF setzte seine Bemühungen fort, die Aufmerksamkeit auf FGM zu lenken und hat, in Zusammenarbeit mit örtlichen Gynäkologen, Richtlinien für die medizinische Versorgung von beschnittenen Frauen herausgegeben.

Im November 2007 hat ein Züricher Staatsanwalt ein Strafverfahren eröffnet, in denen die Eltern eines 13-jährigen Mädchens mit schweren Körperverletzungen in einem Fall von weiblicher Genitalbeschneidung angeklagt wurden. Die Eltern, somalischen Ursprungs, hatten, wie verlautet, ihre Tochter im Alter von zwei Jahren beschnitten. Es war das erste Mal, dass Justizbehörden Strafverfahren in einem Falle von FGM in die Wege leiteten, die innerhalb des Landes vollzogen worden war. Ein Züricher Gericht verurteilte die beiden Eltern im Juni zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung.

Prostitution ist legal; jedoch ist die Strassenprostitution illegal, mit Ausnahme von speziell ausgewiesenen Gegenden in den grösseren Städten. Polizeiliche Schätzungen aus dem Jahre 1999, den letzten verfügbaren Daten auf Landesebene, stellen fest, dass etwa 14'000 Personen der Prostitution nachgehen. Informationen aus einzelnen Kantonen legen die Vermutung nahe, dass seit damals die Zahl gestiegen ist.

Das Gesetz verbietet sexuelle Belästigung und ermöglicht Zugang zu gesetzlichen Mitteln für jene Personen, die sich einer Diskriminierung oder Belästigung am Arbeitsplatz ausgesetzt sehen; jedoch ist ein spezieller gesetzlicher Schutz gegen die Kündigung eines Klägers nur zeitlich befristet. Arbeitgeber, die es unterlassen, zumutbare Massnahmen zur Verhinderung sexueller Belästigung zu ergreifen, sind schadensersatzpflichtig in Höhe von bis zu sechs Monatsgehältern. In einer Umfrage im Auftrag der Regierung unter 2'020 Personen, die Ende 2006 bis Anfangs 2007 Jahres durchgeführt wurde, gaben 6,5 Prozent der Befragten an, während

der vorherigen 12 Monate sexuell belästigt worden zu sein, und 18,1 Prozent waren mindestens einmal Opfer sexueller Belästigung während ihrer beruflichen Tätigkeit insgesamt gewesen. Dieser Studie zufolge, waren Frauen dreimal häufiger Opfer sexueller Belästigung als Männer.

Frauen geniessen verfassungsgemäss dieselben Rechte wie Männer, einschliesslich im Familienrecht, Eigentumsrecht, und im Rechtssystem; jedoch behaupteten unabhängige Beobachter, dass einige Gesetze, so wie diese von den Gerichten interpretiert werden, diskriminierend sind. So hat beispielsweise das Bundesgericht entschieden, dass der Hauptverdiener bei einer Scheidung mit ausreichend Einkommen versehen werden muss, um über der Armutsgrenze zu bleiben. Da der Hauptverdiener in den meisten Ehen der Mann ist, konnten die Ehefrau und die Kinder gezwungen sein, auf Sozialhilfe zurückzugreifen, wenn das Haushaltseinkommen zu gering war, um beide Parteien zu unterhalten. Im Juni kam die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen zu dem Schluss, dass nach einer Scheidung doppelt so viele Frauen wie Männer unter die Armutsgrenze fallen. Das Bundesamt für die Gleichstellung von Männer und Frauen und die Eidgenössische Kommission für Frauen machten es sich zur Aufgabe, sowohl direkte als auch indirekte Geschlechterdiskriminierung abzuschaffen. Viele Kantone und einige grosse Städte haben Gleichstellungsämter, um die Probleme im Zusammenhang mit der geschlechtlichen Benachteiligung zu lösen.

Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz ist ungesetzlich, doch erledigen Frauen unverhältnismässig viele Arbeiten in niedrigerer Verantwortungsebene. Frauen werden weniger häufig gefördert als Männer und es ist weniger wahrscheinlich, dass ihnen Geschäfte gehören oder sie diese leiten.

Nach der Verfassung sind Frauen und Männer berechtigt, die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit zu erhalten; jedoch war das Bruttogehalt von Frauen durchschnittlich mehr als 20 Prozent geringer als das von Männern. Ein im Jahre 2006 herausgegebener Regierungsbericht schätzte, dass 40 Prozent der Lohnunterschiede auf die Geschlechterdiskriminierung zurückgeht.

Kinder

Die Regierung sah sich ihrer Verantwortung für die Kinderrechte und dem Wohlergehen von Kindern stark verpflichtet, und sie finanzierte umfassend ein System von öffentlicher Erziehung und bedarfgerechter Beihilfen zur Krankenversicherung.

Kindesmisshandlung war ein Problem. Im Jahre 2007 wurden 4'243 Fälle von sexueller Gewalt an Kindern gemeldet. Die häufigsten Opfer waren Mädchen unter 18 Jahren. Der meiste Missbrauch fand in der Familie oder im unmittelbaren sozialen Umfeld statt.

Während des Jahres 2007, meldete die staatliche Überwachungsstelle für Vergehen im Computernetz 278 Vorfälle von illegaler Internet Kinderpornographie, an die lokalen Strafverfolgungsbehörden, im Vergleich zu 259 Vorfällen im Jahre 2006. In den meisten Fällen leitete die kantonale Strafverfolgungsbehörde eine strafrechtliche Untersuchung ein; diese Untersuchungen führten in der Regel zur Konfiszierung von illegalem Material. Die Herstellung, der Besitz, die Verbreitung oder das Herunterladen von Pornographie aus dem Internet, an dem Kinder beteiligt sind, ist illegal und führt zur Verhängung von hohen Geldstrafen oder von maximal einem Jahr Gefängnisstrafe.

Im vergangenen Jahr schloss die Regierung eine dreijährige Informationskampagne gegen Kinderpornographie im Internet ab. Um den Kinder-Sextourismus zu bekämpfen, hat das Bundesamt für Polizei im Oktober eine Website mit einem Online-Formular eingerichtet, welche es Reisebüros und Einzelpersonen ermöglicht verdächtige Reisen zu melden.

Menschenhandel

Das Strafgesetzbuch verbietet alle Formen von Menschenhandel und sieht auch eine extraterritoriale Rechtsprechung vor; jedoch liegen Berichte darüber vor, dass Personen in das, aus dem und innerhalb des Landes verschleppt wurden und in die Prostitution oder zu Haushaltsdiensten gezwungen wurden.

Offizielle Stellen schätzten die Anzahl der verschleppten Opfer auf einige hundert Fälle pro Jahr. Die Bundespolizei vermutete, dass zwischen 1'500 und 3'000 Opfer von Menschenhandel sich während des Jahres im Lande aufhielten. Nach Angaben von Behörden kamen die meisten Opfer aus Zentraleuropa, der früheren Sowjetunion, Lateinamerika, Südostasien, und, in einem geringeren Ausmass, aus Afrika. Für die verschleppten Personen war das Land in erster Linie Bestimmungsland, und erst in zweiter Linie Transitland.

Die grosse Mehrzahl der verschleppten Personen waren Frauen, die in erster Linie zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung verschleppt wurden, obwohl es auch Fälle erzwungener Haushaltshilfe gegeben hat. Menschenhändler waren hauptsächlich Einzelpersonen oder kleine Gruppen, die aus ethnischen, Clan- oder Familienbindungen zusammengesetzt waren, als auch gelegentlich organisierte Kriminelle.

Menschenhandel wird bestraft mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren, und das Zwingen einer Person in die Prostitution mit bis zu 10 Jahren. Im Jahr 2007, leiteten die Behörden mindestens 28 Untersuchungen ein, und vorläufige Daten berichten über mindestens neun Strafverfolgungen. Von neun verurteilten Personen, wurde ein Menschenhändler zu 10 Monaten, und ein anderer zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die restlichen sieben erhielten Bewährungsstrafen sowie Geldbussen und verbrachten somit keine Zeit im Gefängnis. Die Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel, die mit dem Bundesstelle der Bundespolizei verbunden ist, hat zusätzliche Mitarbeiter eingestellt und alle Anstrengungen gegen das Delikt des Menschenhandels, einschliesslich der Bemühungen der interdepartementalen Task Force der Bundesbehörden koordiniert und überwacht. Die Behörden waren aktiv bei internationalen Strafverfolgungsaktivitäten und übernahmen die Führung bei der Koordinierung mehrerer internationaler Untersuchungen über den Menschenhandel.

Ein neues Gesetz ist im vergangenen Jahr in Kraft getreten, welches die Massnahmen zur Stärkung des bestehenden Rahmens für die Gewährung eines Aufenthalts vor der Ausreise der potentiellen Opfern von Menschenhandel beinhaltet, damit diese sich von ihrem Trauma erholen können und die Teilnahme in Gerichtsverfahren in Betracht gezogen werden kann. Das neue Gesetz ermächtigt die Regierung, auf normale Immigrationsanforderungen zu verzichten und Aufenthaltserlaubnisse für Opfer und Zeugen auszustellen, die in Gefahr geraten könnten, wenn sie nach Hause zurückkehren. Es erlaubt der eidgenössischen Regierung zudem, den Opfern logistisch und finanziell bei ihrer freiwilligen Rückkehr und ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaften ihrer Heimatländer zu helfen.

Die Regierung finanzierte weltweit mehrere Informations- und Aufklärungskampagnen gegen Menschenhandel. Das Aussenministerium veranstaltete weiterhin für sein Konsularpersonal spezialisierte Schulungen und verteilte an Visa-Antragsstellende bewusstseinsbildende Informationen über Menschenhandel in den jeweiligen Landessprachen.

Der jährliche Menschenhandel-Bericht des U.S. Department of State kann unter www.state.gov/g/tip konsultiert werden.

Menschen mit Behinderungen

Die Verfassung und das Gesetz verbieten die Diskriminierung von Personen mit Behinderungen bei der Beschäftigung, der Bildung, dem Zugang zum Gesundheitswesen und der Bereitstellung von anderen staatlichen Dienstleistungen, und dieses Verbot wurde im Allgemeinen eingehalten. Das Gesetz schreibt den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und staatlichen Ämtern für Personen mit Behinderungen vor, und im Allgemeinen hat die Regierung diese Bestimmungen in die Praxis umgesetzt. Im Juni 2007 haben die Wähler einer von der Regierung vorgeschlagenen Reform des eidgenössischen Systems der Invaliditätsversicherung zugestimmt, das in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Die Reform beschränkt den Zugang zu speziellen Vergünstigungen für Behinderte, aber bietet auch bessere und pünktlichere Unterstützung, um Behinderten zu ermöglichen, (teilweise) beschäftigt zu bleiben und stärkt Anreize für Arbeitgeber, behinderte Personen einzustellen.

Die Bundesstelle für Chancengleichheit für Behinderte Personen förderte das Bewusstsein für das Gesetz und die Achtung der Rechte von Behinderten durch Beratung und finanzielle Unterstützung für Projekte, um ihre Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Regierung führte ein dreijähriges Pilotprojekt weiter, um Personen mit schweren Behinderungen in die Lage zu versetzen, eigenständig und ohne die Institutionen zu leben. Im September hat die Regierung beschlossen, die zusätzlichen Kosten einer solchen Unterstützung in die Invaliditätsversicherung aufzunehmen, mit der Aussage, dass das Pilotprojekt seit 2006 in den Kantonen Basel, St. Gallen und Wallis bereits seinen Nutzen unter Beweis gestellt hat.

Im Laufe des Jahres, haben NGOs, die sich für Menschen mit Behinderungen einsetzen, beim Bundesgericht eine Klage gegen lokale Entscheidungen in den Kantonen Zug und Zürich zur Ablehnung der Einbürgerung aufgrund geistiger Behinderung eingereicht. Diese lokalen Entscheidungen wurden Berichten zufolge auf der Grundlage getroffen, dass die Antragssteller nicht über die erforderlichen geistigen Fähigkeiten verfügten um die Bedeutung sowie die Folgen einer Einbürgerung zu verstehen oder dass die Antragssteller von der Sozialhilfe abhängig sein würden. Die Berufung beim Bundesgericht war noch in drei Fällen hängig.

Am 3. Dezember, anlässlich des Internationalen Tages der behinderten Menschen, veröffentlichte das Bundesamt für Statistik die Ergebnisse einer Studie, wonach 64 Prozent der Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt teilnahmen.

Nationale, rassische oder ethnische Minderheiten

Rechtsgerichtete Extremisten, einschliesslich Skinheads, waren weiterhin öffentlich aktiv; die Polizei schätzte, dass ihre Anzahl konstant bei ungefähr 1'200 geblieben ist. Statistiken, welche von der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus erfasst wurden, zeigen auf, dass die Gesamtzahl der gemeldeten Vorfälle gegen Ausländer und Minderheiten im Jahre 2007 118 betrug, gegenüber 93 Vorfällen im Jahre 2006. Diese Zahlen beinhalten Fälle von mündlichen sowie schriftlichen Attacken, welche viel häufiger waren als körperliche Angriffe.

Die Objekte von rechtsgerichteter Feindseeligkeit umfassten Ausländer, ethnische und religiöse Minderheiten, und Immigranten. Viele der gewalttätigen Vorfälle waren Zusammenstösse von rechten und linken Extremistengruppen.

Die Behörden setzten ihre Untersuchung betreff eines im Mai 2007 erfolgten Angriffes auf einen 43-jährigen Immigranten aus Angola an seinem Arbeitsplatz in einem Vorort von Zürich fort. Die Täter benutzten Kettensägen als Waffen und verursachten damit dem Opfer sehr schwere Verletzungen, welche eine

umfassende medizinische Versorgung verlangten. Das Opfer berichtete, dass seine Angreifer während dem Angriff Aussagen gegen Afrikaner von sich gaben.

Im März hat die Kantonspolizei Aargau fünf Personen verhaftet, welche in Verdacht stehen einen Molotow-Cocktail gegen ein Asyl-Zentrum, welches 40 Asylbewerbern Obdach gewährt, in der Stadt Stein im Fricktal geworfen zu haben. Vier der Täter waren Minderjährige im Alter von 17 Jahren, und einer von ihnen war zum Zeitpunkt des Angriffs 20 Jahre alt. Alle Personen wurden in der Presse als „Rechtsextremisten“ bezeichnet und gaben, Berichten zufolge, ihre Beteiligung an dem rassistisch motivierten und spontanen Anschlag zu. Zum Jahresende hatte die Polizei ihre Ermittlungsphase beendet, und der Fall wurde zur Überprüfung an den Staatsanwalt weitergeleitet.

Die Anzahl der Einbürgerungen von ansässigen Ausländern stieg von 26'860 im Jahre 2001 auf 45'072 im Jahre 2007. Im September 2007 gab die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (FCR) einen offiziellen Bericht über die Einbürgerungsverfahren von ausländischen Bürgern des Landes heraus. Die FCR kam zum Schluss, dass das System, in dem kantonale oder lokale Behörden über die Einbürgerungsanträge entscheiden, sei es bei einer Gemeindeversammlung oder vor einem Spezialausschuss, manchmal zu diskriminierenden Zurückweisungen führen, insbesondere was Staatsangehörige aus dem früheren Jugoslawien oder Muslime betrifft. Die Kommission empfahl, dass die Ermächtigung zur Gewährung einer Einbürgerung an ein gewähltes Exekutivorgan delegiert werden sollte.

Die Jenisch werden unter dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats von der Regierung als Minderheit anerkannt. Während die grosse Mehrheit der 30'000 - 35,000 Jenisch im Land sesshaft sind, berichtete das europäische Roma Rights Center, dass Vertreter der mehreren tausend Jenisch, welche weiterhin ein Nomadenleben führen, die Regierung dazu auffordern, ihr Versprechen, für sie neue Camping- und Parkplätze zu schaffen, einzuhalten. Der Mangel an Campingplätzen und Transithalteplätzen zwang viele dazu illegal Land zu besetzen. Die Bundesregierung hat für den Zeitraum von 2007 bis 2011 750'000 Franken für Massnahmen und Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Jenisch bereitgestellt.

Der Eidgenössische Dienst des Innenministeriums zur Bekämpfung von Rassismus finanzierte eine Vielzahl von Erziehungs- und bewusstseinsbildenden Projekten, um gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus vorzugehen.

Anderweitige gesellschaftliche Übergriffe und Diskriminierung

Es liegen keine Berichte von gesellschaftlicher Gewalt oder Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung vor.

Es tauchen gelegentliche Berichte über Diskriminierung von Personen mit HIV/AIDS auf. Am Welt-Aids-Tag startete die Schweizerische Aids-Föderation (SAF) eine Bewusstseinskampagne, um gegen Vorurteile und Arbeitsplatzdiskriminierung von Personen mit HIV/AIDS zu kämpfen.

Abschnitt 6: Rechte der Arbeitnehmenden

a. Vereinigungsfreiheit

Das Gesetz garantiert allen, einschliesslich ausländischen Arbeitnehmenden die Freiheit, sich ohne vorgängige Bewilligung oder einschneidende Auflagen zu Gewerkschaften zusammenzuschliessen, und die Arbeitnehmenden machten von diesen Rechten Gebrauch. Ungefähr 25 Prozent der Arbeitnehmerschaft waren gewerkschaftlich organisiert.

Das Gesetz erlaubt den Gewerkschaften, ihre Aktivitäten ohne Beeinträchtigung durchzuführen, und die Regierung hat dieses Recht in der Praxis geschützt.

Das Gesetz sieht das Recht auf Streik vor, und die Arbeiter haben dieses Recht durch Durchführung von legalen Streiks ausgeübt. Jedoch verpflichten kollektive Tarifabschlüsse die Sozialpartner zur Einhaltung des Arbeitsfriedens, wodurch das Streikrecht für die Dauer der Vereinbarung eingeschränkt wird. Diese Vereinbarungen haben im Allgemeinen eine Laufzeit von mehreren Jahren, mit Löhnen die jährlich ausgehandelt worden sind. Die Regierung kann das Streikrecht der Bundesbeamten einschränken, aber nur aus Gründen der nationalen Sicherheit oder zum Schutz der aussenpolitischen Interessen. In einigen Kantonen und vielen Kommunen ist den öffentlich Bediensteten ein Streik verboten.

b. Recht auf kollektive Verhandlungen

Das Gesetz bürgt für die Freiheit der kollektiven Tarifabschlüsse, und die Arbeiter haben dieses Recht ausgeübt. Ungefähr 50 Prozent der Arbeitnehmerschaft kommen in den Genuss kollektiver Tarifabschlüsse.

Gewerkschaftsführer kritisierten das Fehlen von gesetzlichen Anforderungen, die die Arbeitgeber verpflichten, einem Arbeitnehmer die Wiederbeschäftigung anzubieten, der als in ungerechter Weise entlassen erachtet worden ist. Das Gesetz sieht vor, dass ein Arbeiter, der ungesetzlich entlassen worden ist, zu einem Maximalausgleich von bis zu sechs Monatsgehältern berechtigt ist. Gewerkschaftsführer klagten darüber, dass diese Strafe unzureichend ist, um vor missbräuchlichen Entlassungen gewerkschaftlicher Aktivisten abzuschrecken.

Es gibt keine Exportverarbeitungszone.

c. Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit

Das Gesetz verbietet Zwangsarbeit, einschliesslich dieser Form der Arbeit durch Kinder; es lagen jedoch Berichte vor, dass diese Praktiken vorkommen. Frauen wurden gehandelt und sexuell ausgebeutet oder zur Haushaltshilfe gezwungen; einzelne Berichte über das Handeln mit Kindern liegen vor. Frauen, die Opfer von Menschenhandel waren, wurden oft zur Prostitution gezwungen und waren in vielen Fällen Opfer von physischer und sexueller Gewalt, wurden zur Drogenabhängigkeit geleitet und eingekerkert. Viele Opfer wurden gezwungen in Salons und Clubs zu arbeiten.

d. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Erwerbstätigkeit

Die Regierung hat effektiv Gesetze und politische Initiativen auf den Weg gebracht, um Kinder vor Ausbeutung am Arbeitsplatz zu schützen; es liegen jedoch vereinzelte Berichte vor, die von Kinderhandel sprechen. Das Mindestalter für eine vollzeitige Erwerbstätigkeit ist 15 Jahre. Jugendliche von 13 und 14 Jahren können leichte Tätigkeiten ausüben während nicht mehr als 9 Stunden pro Woche während der Schulzeit und 15 Stunden während der restlichen Zeit. Die Beschäftigung von Jugendlichen von 15 bis 18 Jahren unterliegt ebenfalls Einschränkungen und die kantonalen Arbeitsinspektorate sorgten für eine strikte

Anwendung dieser Bestimmungen. Nacht und Sonntagsarbeit sowie Arbeit unter riskanten oder gefährlichen Bedingungen ist für Jugendliche verboten.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) wachte über die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Arbeit von Jugendlichen, aber der eigentliche Vollzug ist die Aufgabe der kantonalen Arbeitsinspektorate; amtliche Kontrolleure besichtigten Firmen, um mögliche Verstösse gegen die Vorschriften zu überprüfen.

e. Annehmbare Arbeitsbedingungen

Es gab keinen gesetzlichen Mindestlohn, was ein tiefes Lohngefüge für ungelernte Arbeitnehmende und qualifiziertes Personal in der Textilindustrie, im Gastgewerbe und Detailhandel zur Folge hatte. Eine Mehrheit der, auf einer sektorbezogenen Grundlage ausgearbeiteten, Gesamtarbeitsverträge legten jedoch Mindestlöhne zwischen 2'200 und 4'200 Franken für ungelernte Arbeitnehmende und zwischen 2'800 und 5'300 Franken für qualifiziertes Personal fest. Diese Löhne ermöglichten in der Regel einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitnehmer und Familie, die Parteien hielten sich jedoch nicht immer an diese Vereinbarungen.

Im September 2007 gab die Regierung die Ergebnisse einer Überprüfungsstudie zwischen Januar 2006 und Juni 2007 bekannt, an der mehr als 31'000 Firmen beteiligt waren. Daraus ergab sich, dass 24 Prozent der inspizierten Firmen die Vorschriften zur Mindestvergütung, die in ihren kollektiven Tarifabschlüssen festgelegt war, unterliefen. Diese Praxis, bekannt als „Lohn-Dumping“, war am meisten in der Bauindustrie und in der Gastronomie verbreitet.

Das Gesetz begrenzt die maximale wöchentliche Arbeitszeit auf 45 Stunden für Fabrikarbeiter und Büroangestellte in der Industrie, Dienstleistungsbetrieben und Detailhandel und auf 50 Stunden für alle anderen Arbeitnehmenden. Das Gesetz schreibt eine ununterbrochene Ruhezeit von 35 Stunden sowie einem zusätzlichen halben Tag pro Woche vor. Der Lohn für Überstunden musste mindestens 25 Prozent über dem normalen Stundenansatz liegen und Überzeit war generell auf zwei Stunden pro Tag begrenzt. Die jährliche Überzeit ist gesetzlich limitiert auf 170 Stunden für Arbeitnehmende mit einer 45-Stunden Woche und auf 140 Stunden für Arbeitnehmende mit einer 50-Stunden Woche. Die Regierung setzte diese Bestimmungen wirksam um.

Das Gesetz macht ausgiebige Vorschriften zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Das SECO und die kantonalen Arbeitsinspektorate setzten die Vorschriften wirksam um. Das Gesetz garantiert Arbeitnehmenden das Recht, sich von Gesundheit oder Sicherheit gefährdenden Arbeitssituationen zu entfernen ohne Risiko eines Verlustes des Arbeitsplatzes, und die Behörden setzten dieses Recht wirksam um.